

Wortmeldung der österreichischen Delegation

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Österreich unterstützt und befürwortet die Anstrengungen in der OSZE, alle Formen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung zu bekämpfen und Toleranz, Respekt und gegenseitiges Verständnis zu fördern.

Seit geraumer Zeit sind die für den Bereich Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wesentlichen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft einerseits und der EU-Richtlinie zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf andererseits auf der Ebene des Bundes finalisiert.

Auf Grund seiner föderalen Struktur war Österreich dabei mit einer besonders komplexen kompetenzrechtlichen Situation konfrontiert. Inzwischen haben auch die meisten österreichischen Bundesländer die für ihren Zuständigkeitsbereich erforderlichen Gesetze erlassen oder sie sind in fortgeschrittenem Entwurfsstadium. In Bälde wird Österreich daher über einen umfassenden und modernen gesetzlichen Rahmen für die tatsächliche Verwirklichung von Nichtdiskriminierung in weiten Lebensbereichen verfügen.

Nunmehr wird Österreich nach einer bereits durchgeführten Sichtung des Ist-Standes die Formulierung struktureller Vorgaben für die Erstellung eines Nationalen Aktionsprogramms im Gefolge der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz in Durban in Angriff nehmen, wobei insbesondere die Erkenntnisse und

Empfehlungen aus den vorhin angeführten Beobachtungs- und Berichtsprozessen Berücksichtigung finden sollen. Insbesondere die Ergebnisse des Konferenzzyklus der OSZE zum Themenkreis Toleranz und Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie gegen Anti-Semitismus wollen wir in dieses Aktionsprogramm einfließen lassen.

Herr Vorsitzender,

Österreich ist inzwischen auf zwischenstaatlicher Ebene in ein engmaschiges Netz von Überwachungsmechanismen zu diesem Themenkreis eingebunden. Erst heuer hat die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz Österreich einen Besuch abgestattet, eine Rohfassung des Berichtes dieser Kommission liegt inzwischen den österreichischen Stellen vor. Er enthält eine Reihe von Empfehlungen, wie in Österreich der Schutz vor Rassismus und Intoleranz ausgebaut werden sollte. Die zuständigen Stellen in Österreich sind derzeit dabei, diese Vorschläge genau zu prüfen und Wege und Möglichkeiten zu finden, diese Empfehlungen bestmöglich umzusetzen.

Für die Zwecke der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, einer Agentur der Europäischen Union, hat Österreich erst kürzlich einen umfangreichen Fragebogen zu diesem Fragenkreis erhalten, dessen Beantwortung im Finalisierungsstadium ist.

Die Arbeiten für den kombinierten 15. und 16. Staatenbericht an den Ausschuss über die (CERD), das ist der Überwachungsmechanismus des UNO-Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung, befinden sich in einem weit gediehenen Stadium. Österreich ist sich bewusst, dass der Abgabetermin für diesen Bericht bereits verstrichen ist, weshalb diese Arbeiten nunmehr mit Hochdruck weitergeführt werden.

Wir sind daher sehr an weiteren konkreten und praxisrelevanten Erkenntnissen zu diesen Themen interessiert und verfolgen daher den Konferenzverlauf mit größtem Interesse.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender,